

Die bundesweite Umsetzung des Mainzer Modells im Jahr 2002

Alfons Holleder
Helmut Rudolph

Forschungsverbund „Evaluierung Mainzer Modell“

Dr. Bruno Kaltenborn (*Projektkoordination Forschungsverbund*)
Wirtschaftsforschung und Politikberatung
Endenicher Straße 10
53115 Bonn

Tel.: 0228 - 670 730
e-mail: kaltenborn@wipol.de

Fax: 0228 - 967 53 56

Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB)
Regensburger Straße 104
90478 Nürnberg

Dr. Alfons Hollederer
Tel.: 0911 - 179-3059
e-mail: alfons.hollederer@iab.de

Fax: 0911 - 1793258

Helmut Rudolph
Tel.: 0911 - 179-3089
e-mail: helmut.rudolph@iab.de

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Wissenschaftszentrum NRW
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen

Dr. Claudia Weinkopf (*Projektleitung IAT*)
Tel.: 0209 - 1707-142
e-mail: weinkopf@iatge.de

Fax: 0209 - 1707124

Auftraggeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Arbeit
Postfach 14 02 80
53107 Bonn

MinR Peter Jülicher
Tel.: 0228 - 527-2627
e-mail: pe.juelicher@bma.bund.de

Fax: 0228 - 5271121

Herbert Düll
Tel.: 0228 - 527-2829
e-mail: he.duell@bma.bund.de

1 Einleitung

Zum 1. März 2002 wurde das Mainzer Modell in allen Arbeitsamtsbezirken Deutschlands eingeführt. Neueintritte in das Mainzer Modell sind bis zum Jahresende 2003 vorgesehen. Über die zweijährige Erprobung des Mainzer Modells in den ursprünglichen Förderregionen von Rheinland-Pfalz und Brandenburg informieren die ersten beiden Zwischenberichte. Im Mainzer Modell können Beschäftigte einen Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen und/oder einen Kindergeldzuschlag für maximal 36 Monate erhalten. Mit der bundesweiten Einführung zum 1. März 2002 wurden die Förderkonditionen geändert. So entfiel bei vormaligem Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe eine weitere Bedürftigkeitsprüfung. Außerdem kann die finanzielle Förderung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seither mit einem Eingliederungszuschuss bei Einarbeitung an den Arbeitgeber kombiniert werden (höchstens 30% Lohnkostenzuschuss für längstens sechs Monate). Zusammen mit der bundesweiten Ausdehnung wurde auch die Möglichkeit von Neueintritten zunächst um ein Jahr bis Ende 2003 verlängert. Angesichts der Neuregelung der Geringfügigkeit und der Einführung einer „Gleitzone“ für Arbeitsentgelte zwischen 400,01 und 800 EUR monatlich zum 1. April 2003 hat die Bundesregierung nunmehr beschlossen, nur noch Beschäftigungsverhältnisse zu fördern, die bis Ende März 2003 aufgenommen werden.

Dieser Projektbrief Nr. 7 informiert über die bundesweite Inanspruchnahme des Mainzer Modells und die Förderstrukturen. Der Berichtszeitraum dieses Projektbriefs erstreckt sich von März bis Dezember 2002. Er geht damit über die erste bundesweite Implementierungsphase hinaus, in der die Beurteilung der Förderstrukturen durch mögliche Sondereffekte besonders erschwert wird.

Förderfähig sind allein Stehende mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von mehr als 325 EUR und einem Einkommen nach Abzug einer Werbungskostenpauschale von 87 EUR von monatlich höchstens 810 EUR. Allein Erziehende, die nicht in eheähnlicher Gemeinschaft leben, können die Förderung erhalten, wenn ihr monatliches Arbeitsentgelt mehr als 325 EUR beträgt, wobei das Einkommen den Betrag von monatlich 1.620 EUR nach Abzug der Werbungskostenpauschale nicht überschreiten darf. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die verheiratet sind oder in eheähnlicher Gemeinschaft leben, muss mindestens eine Person ein monatliches Arbeitsentgelt von mehr als 325 EUR erzielen. Auch hier darf das gemeinsame Einkommen den Betrag von monatlich 1.620 EUR nach Abzug der Werbungskostenpauschale nicht überschreiten. Der Kindergeldzuschlag beträgt je nach Einkommenshöhe 75 EUR, 50 EUR oder 25 EUR monatlich für jedes minderjährige Kind, für das Kindergeld bezogen wird und das nicht über ein eigenes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt verfügt. Die Einkommensgrenzen für den Kindergeldzuschlag liegen über denen des Zuschusses zum Sozialversicherungsbeitrag. Bei einem Kind wird der volle Zuschlag gezahlt, wenn das Einkommen 1.100 EUR nicht übersteigt. Der Zuschlag vermindert sich bei höherem Einkommen bis er bei einem monatlichen Einkommen in Höhe von 1.740 EUR ganz entfällt. Für das zweite und jedes weitere Kind erhöhen sich diese Einkommensgrenzen jeweils um 205 EUR.¹

¹ Bei vorherigem Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe besteht das Einkommen lediglich aus dem Arbeitsentgelt.

2 Das Mainzer Modell bundesweit

Seit der bundesweiten Einführung vom 1. März 2002 sind 9.260 Zugänge in das Mainzer Modell bis zum Stichtag 19. Dezember 2002 zu verzeichnen.² Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die letzten Monate noch mit Nachmeldungen von Bewilligungen zu rechnen ist. Die Beantragung der Förderung ist bis zu sechs Wochen nach einer Aufnahme des Beschäftigungsverhältnisses möglich.

Das bundesweite Mainzer Modell hatte seit Juli 2000 einen Vorlauf in Form eines regional begrenzten Modellprojekts in Brandenburg (Arbeitsamtsbezirke Eberswalde und Neuruppin) und Rheinland-Pfalz (Arbeitsamtsbezirke Koblenz, Mayen, Montabaur und Neuwied). Bereits zum 1. Januar 2002 wurde das Mainzer Modell flächendeckend auf ganz Rheinland-Pfalz ausgedehnt. Die Implementierung des Mainzer Modells war deshalb in Rheinland-Pfalz bei der bundesweiten Einführung weiter voran geschritten. Der Anteil von Rheinland-Pfalz ist von allen Bundesländern zum Stichtag 19. Dezember 2002 mit 1.746 Zugängen der größte (Tabelle 1). Er reduzierte sich aber in den zehn Monaten von 30% im März 2002 auf insgesamt 19% zum Stichtag. In der Rangfolge konnten inzwischen Nordrhein-Westfalen mit 1.173 Zugängen und Niedersachsen mit 925 Zugängen aufschließen. Der Vergleich der absoluten Zahlen ist aber nur eingeschränkt aussagefähig, da die Förderzahlen in Relation zur Größe der Bundesländer gesehen werden müssen. Nach der Förderdichte, dem Verhältnis von Bewilligungen pro 1.000 Arbeitslose, steht Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 12,2‰ immer noch an erster Stelle. Danach folgen aber mit großem Abstand die Bundesländer Bremen und Hessen mit einem Anteil am durchschnittlichen Arbeitslosenbestand von 4,6‰ bzw. 3,0‰.

Am geringsten ist die Zahl der Bewilligungen in Hamburg mit 62 Zugängen. Unter Umständen wurde ein Teil des Potenzials für das Mainzer Modell durch das so genannte „Hamburger Modell“ absorbiert, das in Hamburg seit März 2002 angeboten wird.³ In Relation zum durchschnittlichen Arbeitslosenbestand wird aber Hamburg von Berlin in der Inanspruchnahme des Mainzer Modells unterboten.

Im Mainzer Modell weist der ehemalige Modellarbeitsamtsbezirk Koblenz die höchste Zahl an Bewilligungen von allen Arbeitsamtsbezirken auf (vgl. Anhangstabelle A4). Vom 1. März 2002 bis zum 19. Dezember 2002 wurden dort 318 Zugänge registriert. Mit großem Abstand folgen dann in der Rangliste weitere Arbeitsamtsbezirke aus Rheinland-Pfalz sowie Marburg (191), Magdeburg (168) und Bremen (166).

Beachtenswert ist außerdem die Inanspruchnahme des Mainzer Modells in den ostdeutschen Bundesländern, in denen fast ein Drittel der Förderungen (30%) bewilligt wurde. Diese positive Entwicklung war nach der Modellprojektphase in den Arbeitsämtern Neuruppin und Eberswalde im Vergleich zu den rheinland-pfälzischen Arbeitsämtern Koblenz, Mayen, Montabaur und Neuwied nicht zu erwarten. Der deutlich höhere westdeutsche Anteil während der regionalen Erprobung dürfte unter anderem mit dem großen Engagement der rheinland-pfälzischen Modellarbeitsämter

² In den ursprünglichen Förderregionen in Brandenburg und Rheinland-Pfalz gab es von Juli 2000 bis Februar 2002 insgesamt 1.190 Förderzugänge, in den ersten beiden Monaten des Jahres 2002 in den neuen Förderregionen in Rheinland-Pfalz weitere 30 Förderzugänge.

³ Von März bis Dezember 2002 bewilligte das Hamburger Arbeitsamt für das Hamburger Modell 592 Förderungen.

zusammenhängen. Diese fallen nach der bundesweiten Ausdehnung weiterhin durch besonders viele Neubewilligungen - auch im westdeutschen Vergleich - auf (vgl. Tabelle 1 und Anhangstabelle A4).

Bis zur bundesweiten Ausdehnung war eine Kombination des Mainzer Modells mit Arbeitgeberförderungen nicht zulässig; dies wurde oftmals als Hemmnis für eine stärkere Inanspruchnahme bezeichnet. Seit dem 1. März 2002 ist eine gleichzeitige Förderung des einstellenden Betriebes mit einem Eingliederungszuschuss bei Einarbeitung zulässig (höchstens 30% Lohnkostenzuschuss für längstens sechs Monate). Diese neue Möglichkeit wird aber eher verhalten angenommen. Nur bei 4% der Bewilligungen nutzten die Betriebe diese mögliche Förderung in Verbindung mit den Leistungen des Mainzer Modells.

Tabelle 1: Förderzugänge in das Mainzer Modell nach Bundesländern und Eintrittsmonaten seit 1. März 2002

	Förderbeginn										Insgesamt	Arbeitslosenbestand ^a	Anteil Mainzer Modell ^b
	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez			
Schleswig-Holstein	18	16	26	18	19	27	19	22	22	7	194	121.581	1,6‰
Hamburg	1	4	4	4	5	9	12	7	13	3	62	77.475	0,8‰
Niedersachsen	23	65	107	81	95	172	144	114	97	27	925	361.640	2,6‰
Bremen	2	8	18	20	21	31	29	35	18	6	188	40.532	4,6‰
Nordrhein-Westfalen	39	68	113	135	129	130	203	188	124	44	1.173	812.330	1,4‰
Hessen	22	35	63	74	99	100	98	68	64	13	636	213.583	3,0‰
Rheinland-Pfalz	133	173	189	192	203	212	251	212	152	29	1.746	143.665	12,2‰
Baden-Württemberg	16	34	48	64	95	118	146	115	74	12	722	294.905	2,4‰
Bayern	30	44	52	70	78	79	121	109	68	14	665	386.545	1,7‰
Saarland	5	4	4	12	8	27	22	15	13	5	115	45.422	2,5‰
Berlin	14	15	18	19	23	34	23	18	11		175	288.319	0,6‰
Brandenburg	26	53	41	38	63	96	63	61	30	5	476	237.831	2,0‰
Mecklenburg-Vorp.	15	30	50	41	20	29	35	28	15	8	271	169.747	1,6‰
Sachsen	61	97	115	100	87	112	119	94	61	17	863	405.250	2,1‰
Sachsen-Anhalt	21	50	63	81	72	72	80	86	61	31	617	260.390	2,4‰
Thüringen	15	46	29	33	30	64	98	76	31	10	432	201.103	2,1‰
<i>West</i>	298	456	632	679	763	920	1049	893	650	160	6.500	2.648.837	2,5‰
<i>Ost</i>	143	286	308	303	284	392	414	355	204	71	2.760	1.411.480	2,0‰
Gesamt	441	742	940	982	1047	1312	1463	1248	854	231	9.260	4.060.317	2,3‰

^a Jahresdurchschnitt 2002.

^b Förderzugänge nach dem Mainzer Modell vom 1. März bis 19. Dezember 2002 in Relation zum Arbeitslosenbestand im Jahresdurchschnitt 2002 in Promille.

Anmerkung: Für die letzten Monate ist mit Nachmeldungen von Bewilligungen zu rechnen.

Quelle: IAB-Auswertung der CAST-Förderdatei zum Stichtag 19. Dezember 2002, Bundesanstalt für Arbeit.

Von den Zugängen befanden sich zum Stichtag 19. Dezember 2002 noch 7.162 im Bestand. Die übrigen Förderungen (23% aller Bewilligungen) waren schon ausgelaufen, weil von vornherein das Arbeitsverhältnis kürzer befristet war oder weil die Förderung vorzeitig beendet wurde. In Ostdeutschland ist der Anteil der beendeten Förderungen mit 30% überdurchschnittlich. Bei rund einem Drittel der beendeten Förderungen wurde ein vorzeitiger Abbruch registriert. Dieser kann

durch eine vorzeitige Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder durch ein Überschreiten des förderfähigen Einkommensbereichs verursacht werden.

Im Durchschnitt betrug die geplante bzw. bei bereits beendeten Förderungen die tatsächliche Förderdauer in Westdeutschland etwas über 21 Monate und in Ostdeutschland 20 Monate. Bei fast der Hälfte der Bewilligungen ist vorgesehen, die maximale Förderdauer von 36 Monaten auszuschöpfen.

218 Personen befinden sich im Berichtszeitraum von zehn Monaten bereits das zweite Mal in einem geförderten Beschäftigungsverhältnis. 16 Personen kommen auf drei oder mehr geförderte Beschäftigungsverhältnisse. Die Zahlen weisen auf eine hohe Fluktuation in diesem Arbeitsmarktsegment mit kurzzeitigen oder saisonalen Beschäftigungsverhältnissen hin. Die Mehrfachförderungen sind in der Regel mit einem Arbeitgeberwechsel verbunden, da die Richtlinien vorschreiben, dass dem Förderantrag nur dann statt gegeben wird, wenn es in den vorherigen sechs Monaten keine Beschäftigung des Antragstellers bei dem selben Betrieb gab.

3 Förderstruktur

Insgesamt haben sich die Förderstrukturen des Mainzer Modells sowohl gegenüber der vorherigen regional begrenzten Erprobung als auch gegenüber der Anfangsphase der bundesweiten Ausdehnung kaum geändert (vgl. 2. Zwischenbericht).

Gut zwei Drittel der mit dem Mainzer Modell geförderten Personen sind Frauen (siehe Tabelle 2). Der Anteil der geförderten Frauen liegt in Ostdeutschland etwas höher als in Westdeutschland. In den meisten Fällen wird im Mainzer Modell ein Zuschuss zum Sozialversicherungsbeitrag in Kombination mit einem Zuschlag zum Kindergeld gewährt. In Westdeutschland erhielten rund drei von vier Geförderten diese beiden Zuschusskomponenten gleichzeitig, während es in Ostdeutschland etwas mehr als die Hälfte sind. Offenbar werden mit dem Mainzer Modell entsprechend der Intention in Westdeutschland Paare mit Kindern und allein Erziehende stärker erreicht. Die alleinige Gewährung des Kindergeldzuschlags ist möglich, hat aber mit ca. 2% aller Förderungen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland keine Relevanz. Die übrigen Geförderten erhalten ausschließlich den Zuschuss zum Sozialversicherungsbeitrag.

Im Durchschnitt sind die geförderten Personen in Ostdeutschland 35 Jahre und in Westdeutschland 36 Jahre alt. Rund 40% aller Geförderten zählen zur Altersgruppe der 35- bis unter 45jährigen. Personen über 55 Jahre werden kaum erreicht, ihr Anteil beträgt lediglich 2%. Der Anteil der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen bis unter 25 Jahre liegt bundesweit bei 11%, in Ostdeutschland jedoch deutlich höher.

Das Mainzer Modell zielt auch auf die Förderung der Teilzeitbeschäftigung ab. Mit zunehmendem monatlichen Einkommen sinkt beim Mainzer Modell die Förderung, wodurch die Aufnahme von Teilzeitbeschäftigungen begünstigt wird. In Westdeutschland handelt es sich bei rund drei Vierteln der geförderten Beschäftigungsverhältnisse um Teilzeitstellen. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil etwas geringer bei knapp zwei Dritteln. Die Teilzeitbeschäftigungen werden in stärkerem Maße von Frauen ausgeübt. 88% der westdeutschen und 73% der ostdeutschen geförderten Frauen arbeiten in Teilzeit. Die geförderten Männer arbeiten hingegen überwiegend in Vollzeit. Allerdings ist auch bei den geförderten Männern der Teilzeitanteil in beiden Teilen Deutschlands mit 44% hoch.

Die Geförderten in Ostdeutschland sind im Durchschnitt formal besser ausgebildet als in Westdeutschland. Nur 15% der ostdeutschen Geförderten haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. In Westdeutschland ist dieser Anteil formal gering. Qualifizierter mehr als dreimal so hoch. Die Unterschiede in der formalen beruflichen Qualifikation dürften zum einen auf die verschiedenen Berufsbildungssysteme in Westdeutschland und der früheren DDR zurückzuführen sein. Zum anderen liegt in Westdeutschland das monatliche Arbeitsentgelt von Beschäftigten mit Berufsausbildung durch das höhere Lohnniveau wahrscheinlich häufiger über den Obergrenzen des förderfähigen Einkommens als in Ostdeutschland. Dafür spricht auch, dass die Teilzeitquote von Geförderten mit Berufsausbildung in Westdeutschland mit 78% höher ist als in Ostdeutschland mit 65%.

Tabelle 2: Bundesweite Förderstruktur des Mainzer Modells seit 1. März 2002

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bewilligungen gesamt	6.500	100,0%	2.760	100,0%	9.260	100,0%
nach Abgängen und Bestand						
Abgänge	1.278	19,7%	820	29,7%	2.098	22,7%
Bestand	5.222	80,3%	1.940	70,3%	7.162	77,3%
nach Art des Zuschusses						
nur SV-Zuschuss	1.428	22,0%	1.174	42,5%	2.602	28,1%
nur Kindergeldzuschlag	139	2,1%	62	2,2%	201	2,2%
Zuschuss SV-Beitrag plus Kindergeldzuschlag	4.933	75,9%	1.524	55,2%	6.457	69,7%
nach Geschlecht						
Männer	2.164	33,3%	777	28,2%	2.941	31,7%
Frauen	4.336	66,7%	1.983	71,8%	6.319	68,3%
nach Berufsausbildung						
ohne abgeschl. Berufsausbildung	3.073	47,3%	413	15,0%	3.486	37,6%
nach vorheriger Arbeitslosigkeit						
vorher arbeitslos	5.023	77,3%	2.607	94,5%	7.630	82,4%
vorher langzeitarbeitslos	1.411	21,7%	922	33,4%	2.333	25,2%
vorher Sozialhilfe als Lohnersatz						
vorher Sozialhilfe als Lohnersatz	2.058	31,7%	153	5,5%	2.211	23,9%
nach Altersgruppen						
bis unter 25 Jahre	550	8,5%	474	17,2%	1.024	11,1%
25 bis unter 35 Jahre	2.241	34,5%	785	28,4%	3.026	32,7%
35 bis unter 45 Jahre	2.729	42,0%	1026	37,2%	3.755	40,6%
45 bis unter 55 Jahre	883	13,6%	423	15,3%	1.306	14,1%
55 bis 65 Jahre	97	1,5%	52	1,9%	149	1,6%
nach Arbeitszeit						
Vollzeit	1.705	26,2%	964	34,9%	2.669	28,8%
Teilzeit über 30 Std.	590	9,1%	492	17,8%	1.082	11,7%
Teilzeit über 20 bis 30 Std.	2.034	31,3%	790	28,6%	2.824	30,5%
Teilzeit 15 Std. bis 20 Std.	2.171	33,4%	514	18,6%	2.685	29,0%

Anmerkung: Für die letzten Monate ist mit weiteren Nachmeldungen von Bewilligungen zu rechnen.

Quelle: IAB-Auswertung der CAST-Förderdatei zum Stichtag 19. Dezember 2002.

In Ostdeutschland waren fast alle Geförderten (95%) vor Eintritt in das Mainzer Modell arbeitslos gemeldet (Tabelle 3). In Westdeutschland ist der entsprechende Anteil mit gut drei Viertel der Geförderten etwas geringer. Dafür wurden vor allem bei den westdeutschen Frauen in relativ hohem Maße vorher nicht arbeitslos gemeldete Berufsrückkehrerinnen mit einem Anteil von 10%, Stille Reserve mit 5% und vorher geringfügig Beschäftigte mit 7% erreicht. Von den westdeutschen Geförderten waren über ein Viertel und von den ostdeutschen Geförderten gut ein Drittel zuvor langzeitarbeitslos.

In Westdeutschland ist der Anteil der zuvor arbeitslos Gemeldeten niedriger, weil in stärkerem Maße Personen in das Mainzer Modell einbezogen wurden, die vorher Sozialhilfe bekamen. In Westdeutschland erhielt fast ein Drittel der Geförderten vorher ausschließlich Sozialhilfe als Lohnersatz, in Ostdeutschland liegt dieser Anteil lediglich bei 6%.

Tabelle 3: Bundesweite Förderstruktur des Mainzer Modells seit 1. März 2002 nach Geschlecht

	Westdeutschland				Ostdeutschland				Gesamt			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bewilligungen gesamt	2154	100%	4338	100%	787	100%	1979	100%	2941	100%	6317	100%
Status vor Eintritt												
arbeitslos	1885	87,1%	3138	72,4%	745	95,9%	1860	93,9%	2630	89,4%	4998	79,1%
sozialverspfl. beschäft.	114	5,3%	244	5,6%	23	3,0%	49	2,5%	137	4,7%	293	4,6%
selbstständig	10	0,5%	13	0,3%	1	0,1%	2	0,1%	11	0,4%	15	0,2%
geringfügig beschäftigt	47	2,2%	287	6,6%	2	0,3%	25	1,3%	49	1,7%	312	4,9%
Stille Reserve	94	4,3%	212	4,9%	5	0,6%	6	0,3%	99	3,4%	218	3,5%
Berufsrückkehrer(in)	14	0,6%	442	10,2%	1	0,1%	39	2,0%	15	0,5%	481	7,6%

Anmerkung: Für die letzten Monate ist mit weiteren Nachmeldungen von Bewilligungen zu rechnen.

Quelle: IAB-Auswertung der CAST-Förderdatei zum Stichtag 19. Dezember 2002.

Wie Tabelle 4 zeigt, gehört über ein Viertel der geförderten Arbeitsplätze (28%) zu den unternehmensnahen Dienstleistungen in der Wirtschaftsabteilung „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“. Darunter befinden sich auch die zwei Wirtschaftsgruppen Gebäudereinigung mit einem Anteil von 7% und die Arbeitnehmerüberlassung mit 10%. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Handel mit 17%. Im Gegensatz zur früheren Modellprojektphase folgen dann das Gesundheits- und Sozialwesen und das verarbeitende Gewerbe mit jeweils 9%. Das Gastgewerbe, das in den früheren Modellprojekten den dritten Schwerpunkt bildete, hat jetzt nur noch einen Anteil von 8%. Darüber hinaus streuen die Beschäftigungsverhältnisse breit über alle Branchen. Zwischen West- und Ostdeutschland gibt es keine großen Unterschiede hinsichtlich der Branchenschwerpunkte. In Westdeutschland ist vor allem der Handel als Schwerpunkt stärker ausgeprägt, in Ostdeutschland das „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“. Insgesamt stehen die Auswertungen bei den Branchenschwerpunkten in großer Übereinstimmung zu den Ergebnissen aus der Anfangsphase der bundesweiten Ausdehnung (vgl. 2. Zwischenbericht).

Tabelle 4: Bundesweit durch das Mainzer Modell geförderte Arbeitsplätze nach Wirtschaftszweigen seit 1. März 2002

Wirtschaftszweige	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
A Land- und Forstwirtschaft	112	1,7%	71	2,6%	183	2,0%
B Fischerei und Fischzucht	0	0,0%	4	0,1%	4	0,0%
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	113	1,7%	40	1,4%	153	1,7%
D Verarbeitendes Gewerbe	600	9,2%	264	9,6%	864	9,3%
E Energie und Wasserversorgung	7	0,1%	17	0,6%	24	0,3%
F Baugewerbe	151	2,3%	130	4,7%	281	3,0%
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ und Gebrauchsgütern	1215	18,7%	362	13,1%	1577	17,0%
<i>darunter: K 521 Einzelhandel mit Waren versch. Art</i>	266	4,1%	84	3,0%	350	3,8%
<i>darunter: K 524 Sonstiger Facheinzelhandel</i>	312	4,8%	65	2,4%	377	4,1%
H Gastgewerbe	537	8,3%	236	8,6%	773	8,3%
<i>darunter: H 553 Restaurants, Cafes, Eisdielen und Imbisshallen</i>	285	4,4%	84	3,0%	369	4,0%
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	508	7,8%	119	4,3%	627	6,8%
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	49	0,8%	19	0,7%	68	0,7%
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1637	25,2%	926	33,6%	2563	27,7%
<i>darunter: K 745 gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften</i>	609	9,4%	356	12,9%	965	10,4%
<i>darunter: K 747 Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln</i>	413	6,4%	190	6,9%	603	6,5%
L öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	180	2,8%	63	2,3%	243	2,6%
M Erziehung und Unterricht	183	2,8%	53	1,9%	236	2,5%
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	675	10,4%	194	7,0%	869	9,4%
<i>darunter: K 851 Gesundheitswesen</i>	303	4,7%	108	3,9%	411	4,4%
<i>darunter: K 853 Sozialwesen</i>	363	5,6%	85	3,1%	448	4,8%
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	467	7,2%	255	9,2%	722	7,8%
P private Haushalte	64	1,0%	6	0,2%	70	0,8%
Q extraterritoriale Organisationen und Körperschaften	1	0,0%	0	0,0%	1	0,0%
gesamt	6.499	100,0%	2759	100,0	9.258	100%

Anmerkung: Wirtschaftszweige nach der europäischen Klassifikation NACE, wobei die stärksten Einzelwirtschaftsgruppen in der Untergliederung separat aufgeführt werden. Für die letzten Monate ist mit weiteren Nachmeldungen von Bewilligungen zu rechnen. (Missings = 2)

Quelle: IAB-Auswertung der CAST-Förderdatei zum Stichtag 19. Dezember 2002.

4 Resümee und Ausblick

Insgesamt haben sich in den ersten zehn Monaten seit der bundesweiten Ausdehnung zum 1. März 2002 gegenüber der vorherigen regional begrenzten Erprobung des Mainzer Modells keine bedeutsamen Änderungen ergeben. Der „typische“ Förderfall ist nach wie vor eine Frau im mittleren Alter mit mindestens einem minderjährigen Kind, die nach vorheriger Arbeitslosigkeit in Teilzeit arbeitet. Branchenschwerpunkte sind hingegen weiterhin kaum erkennbar. Überraschend ist allerdings der mit fast einem Drittel hohe Anteil Ostdeutschlands an allen Förderungen.

Die Inanspruchnahme ist auch nach der bundesweiten Ausdehnung und nach der ersten Implementationsphase weiterhin sehr gering. Der hier berichtete Beobachtungszeitraum liegt bei zehn Monaten und es sind noch Nachmeldungen von Zugängen zu berücksichtigen. Es ist aber schon jetzt klar erkennbar, dass in Westdeutschland die bundesweite Inanspruchnahme weit hinter der Nachfrage in der regionalen Erprobung zurückbleiben wird. So lag die Förderdichte bzw. das Verhältnis von Bewilligungen pro 1.000 Arbeitslose in Westdeutschland seit dem 1. März 2002 im Durchschnitt bei 2,5‰ (Tabelle 1). Während der vorherigen regionalen Erprobung in den rheinland-pfälzischen Arbeitsamtsbezirken machte sie im Jahresdurchschnitt 2001 21,0‰ aus.

Allerdings wird zum 1. April 2003 eine weitere Modifikation der Förderkonditionen des Mainzer Modells notwendig werden. Aufgrund des Ende 2002 verabschiedeten Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das auf die sog. HARTZ-Kommission zurückgeht, wird zu diesem Zeitpunkt die Versicherungs- und Beitragspflicht in den gesetzlichen Sozialversicherungen bei Arbeitsentgelten zwischen 325 EUR und 800 EUR monatlich neu geregelt. Das Überschreiten der bisherigen Geringfügigkeitsgrenze von 325 EUR monatlich (Arbeitsentgelt) führt bislang zum Einsetzen der vollen Abgabepflicht für den Beschäftigten. Ab 1. April 2003 soll die Versicherungspflicht grundsätzlich erst ab einem Arbeitsentgelt von mehr als 400 EUR monatlich einsetzen. Zudem sollen beim Beschäftigten die Sozialabgaben nicht schlagartig auf das volle Arbeitsentgelt erhoben, sondern sukzessive bis zu einem Arbeitsentgelt von 800 EUR monatlich an die übliche Abgabenhöhe herangeführt werden (Gleitzone).

Diese Beitragsentlastung überschneidet sich mit dem Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen nach dem Mainzer Modell, insbesondere bei allein Stehenden (siehe Abbildung 1). Mit den neuen Gesetzesregelungen fällt für das Mainzer Modell in seiner heutigen Version der förderfähige Arbeitsentgeltbereich zwischen 325 und 400 EUR im Monat weg. Die Inanspruchnahme des Mainzer Modells dürfte dadurch tendenziell sinken. In der neuen Gleitzone entspricht die Ersparnis bei den Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis auf einen „Bagatellbetrag“ dem bisherigen Zuschuss nach dem Mainzer Modell. Im unteren Einkommensbereich bis ca. 500 EUR monatlich übersteigt der bisherige Zuschuss im Mainzer Modell sogar den künftigen Arbeitnehmeranteil zum Sozialversicherungsbeitrag.

Abbildung 1: Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung für allein Stehende in neuer Gleitzone



Anmerkung: Den Berechnungen des bisherigen Arbeitnehmerbeitrags zur Sozialversicherung liegt ein Beitragssatz von 40,8% des Arbeitsentgelts und ab 1.4.2003 (oberhalb der Gleitzone) von 41,7% zugrunde.

Quelle: Art. 2 und Tabellen 1 bis 5e der Richtlinien zum Sonderprogramm „Mainzer Modell“ für Förderzugänge ab 1. März 2002; Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; eigene Berechnungen.

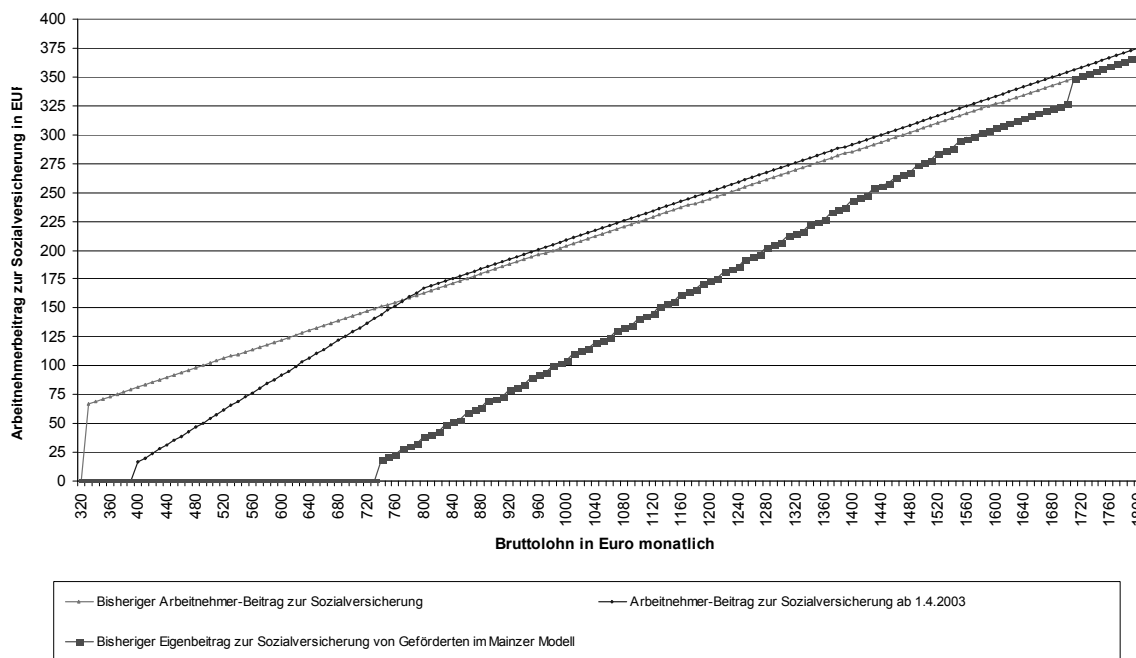
Bei allein Erziehenden und Paaren sind dagegen die Überschneidungsbereiche zwischen den neuen Gesetzesregelungen und dem Mainzer Modell kleiner (Abbildung 2). Paare erhalten einen Zuschuss nach dem Mainzer Modell, wenn mindestens eine Person ein monatliches Arbeitsentgelt von mehr als 325 EUR erzielt und das gemeinsame monatliche Einkommen höchstens 1.620 EUR beträgt. Im Gegensatz zu allein Stehenden werden aber bei Paaren mit einem Arbeitsentgelt bis zu 650 EUR monatlich die Arbeitnehmerbeiträge in voller Höhe bezuschusst. Bei allein Erziehenden wird die Förderung wie bei Paaren bemessen. Zusätzlich wird noch eine Werbungskostenpauschale in Höhe von 87 EUR monatlich berücksichtigt. Dadurch würde sich die neue Gleitzone bei Paaren und allein Erziehenden nur in den Arbeitsentgeltbereichen zwischen 737 und 810 EUR auswirken. Durch den linearen Anstieg des Arbeitnehmeranteils zur Sozialversicherung in der neuen Gleitzone sind aber die Beitragsentlastungen gerade in diesem oberen Segment gering.

Darüber hinaus bestehen weitere Unterschiede zwischen dem Mainzer Modell und der neuen Beitragsentlastung. Die Beitragsentlastung wird zum 1. April 2003 auf die Sozialhilfe angerechnet, so dass sich bei Sozialhilfebezug das Nettoeinkommen durch die Neuregelung nicht ändert. Die Leistungen des Mainzer Modells hingegen dürfen seit der bundesweiten Ausdehnung nicht mehr auf die Sozialhilfe angerechnet werden. Umgekehrt kommt die Beitragsentlastung zum 1. April 2003 nicht wie das Mainzer Modell nur neuen, sondern auch bereits bestehenden Beschäftigungsverhältnissen zugute. Überdies ist die Beitragsentlastung anders als das Mainzer Modell nicht an einen Antrag gebunden, sondern wird bereits bei der Bemessung der Sozialabgaben berücksichtigt. Die Zuschussgewährung nach dem Mainzer Modell ist außerdem nicht nur vom monatlichen Arbeitsentgelt der Geförderten, sondern auch vom Haushaltseinkommen abhängig.

Die meisten Personen, die durch das Mainzer Modell gefördert werden, erhalten sowohl den Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen als auch den Zuschlag zum Kindergeld. Der Anteil der Geförderten, die ausschließlich einen Kindergeldzuschlag erhalten, ist sehr gering. Der Kindergeldzuschlag, der von drei Vierteln aller Geförderten in Anspruch genommen wird, wird durch die Beitragsentlastung aber nur insoweit beeinträchtigt, als bei Arbeitsentgelten von mehr als 325 EUR bis 400 EUR monatlich grundsätzlich künftig der Beschäftigte keine Sozialabgaben mehr entrichten muss. Dieser Zuschuss zum Kindergeld zeichnet das Mainzer Modell im Sinne der Familienförderung aus.

Nunmehr hat die Bundesregierung beschlossen, nur noch Beschäftigungsverhältnisse mit dem Mainzer Modell zu fördern, die bis Ende März 2003 aufgenommen werden. Die maximale individuelle Förderdauer beträgt weiterhin 36 Monate, so dass die letzte Förderung spätestens Ende März 2006 ausläuft.

Abbildung 2: Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung für allein Erziehende und Paare in neuer Gleitzone



Anmerkung: Den Berechnungen des bisherigen Arbeitnehmerbeitrags zur Sozialversicherung liegt ein Beitragssatz von 40,8% des Arbeitsentgelts und ab 1.4.2003 (oberhalb der Gleitzone) von 41,7% zugrunde.

Quelle: Art. 2 und Tabellen 1 bis 5e der Richtlinien zum Sonderprogramm „Mainzer Modell“ für Förderzugänge ab 1. März 2002; Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt; eigene Berechnungen.

Publikationen des Forschungsverbundes

Die Veröffentlichungen des Forschungsverbundes sowie weitere Materialien sind im Internet abrufbar unter:

- a) <http://www.iab.de/iab/publikationen/kombilohn.htm>
- b) <http://www.iatge.de>
- c) <http://www.wipol.de>

Berichte

2. Zwischenbericht: HOLLEDERER, ALFONS, BRUNO KALTENBORN, HELMUT RUDOLPH, ACHIM VANSELOW, CLAUDIA WEINKOPF und EBERHARD WIEDEMANN [2002]: *Vom arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramm CAST zur bundesweiten Erprobung des Mainzer Modells*, 2. Zwischenbericht des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, BMWA-Dokumentation, Nr. 516, Dezember 2002, Berlin.
1. Zwischenbericht: BITTNER, SUSANNE, ALFONS HOLLEDERER, BRUNO KALTENBORN, HELMUT RUDOLPH, ACHIM VANSELOW und CLAUDIA WEINKOPF [2001]: *Ein Jahr Erfahrungen mit dem arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramm CAST*, 1. Zwischenbericht des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, BMA-Forschungsbericht, Bd. 290, Oktober 2001, Bonn.

Projektbriefe

- Nr. 6 HOLLEDERER, ALFONS, und HELMUT RUDOLPH [2002]: *Bisher erreichte Zielgruppen in den CAST-Modellarbeitsämtern*, Projektbrief Nr. 6 des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Juli 2002, Nürnberg.
- Nr. 5 VANSELOW, ACHIM, und BRUNO KALTENBORN [2002]: *Der Beitrag der Sozialämter zur Umsetzung des Mainzer Modells*, Projektbrief Nr. 5 des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, April 2002, Gelsenkirchen u.a.
- Nr. 4 HOLLEDERER, ALFONS, und HELMUT RUDOLPH [2001]: *Das arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm CAST vor und nach der Richtlinienänderung*, Projektbrief Nr. 4 des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Dezember 2001, Nürnberg.
- Nr. 3 HOLLEDERER, ALFONS, und HELMUT RUDOLPH [2001]: *Erste Ergebnisse zur Teilnehmerstruktur des arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramms CAST*, Projektbrief Nr. 3 des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, August 2001, Nürnberg.
- Nr. 2 BITTNER, SUSANNE, ACHIM VANSELOW und CLAUDIA WEINKOPF [2001]: *Das arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm CAST: Erste Umsetzungserfahrungen*, Projektbrief Nr. 2 des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, April 2001, Gelsenkirchen.
- Nr. 1 KALTENBORN, BRUNO, CHRISTIAN BRINKMANN und CLAUDIA WEINKOPF [2000]: *Evaluierung des arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramms CAST*, Projektbrief Nr. 1 des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, November 2000, Bonn u.a.

Sonstige Veröffentlichungen

- KALTENBORN, BRUNO [2001]: *Kombilöhne in Deutschland*, - Eine systematische Übersicht -, IAB-Werkstattbericht Nr. 14, 5. Dezember 2001, Nürnberg.
- SCHANK, THORSTEN [2002]: *Die Beschäftigung von Un- und Angelernten*, Projektbericht des Forschungsverbundes aus IAB / IAT / Dr. Kaltenborn zur Evaluierung von CAST im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Juli 2002, Nürnberg.

Tabelle A1: Zugänge in das bundesweite Mainzer Modell vom 1. März 2002 bis zum Zählstichtag am 19. Dezember 2002 nach Zugangsmonaten

2002	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Insges.
Modellart											
MZM AN-Anteil SV-Beitrag	125	201	300	269	301	382	386	353	218	67	2602
MZM nur Kindergeldzuschlag	8	20	26	25	26	31	29	20	13	3	201
MZM AN-SV + Kindergeldzuschlag	308	521	614	688	720	899	1048	875	623	161	6457
Gesamtergebnis	441	742	940	982	1047	1312	1463	1248	854	231	9260
Kombination mit SGB III-Arbeitgeberleistungen (Eingliederungszuschuss)											
Ja	21	46	58	42	49	48	50	28	29	6	377
Nein	420	696	882	940	998	1264	1413	1220	825	225	8883
Kombination mit SGB III-Arbeitnehmerleistungen											
1 Mobilitätshilfen / Unterstützung der Beratung und Vermittlung (UBV)	12	27	35	38	37	40	61	62	32	16	360
2 Trainingsmassnahme	19	32	43	49	43	75	68	61	39	5	434
3 Mobilitätshilfe /UBV + Trainingsmaßnahme		9	11	2	2	15	14	9	6	3	71
4 Keine	410	674	851	893	965	1182	1320	1116	777	207	8395
Arbeitszeit											
Vollzeitbeschäftigt	123	206	302	315	331	372	413	318	221	68	2669
Teilzeit über 20 bis 30 Stunden	132	221	263	291	288	424	447	407	288	63	2824
Teilzeit ab 15 bis 20 Stunden	138	232	274	262	315	355	413	373	255	68	2685
Teilzeit über 30 Std. bis Vollzeit	48	83	101	114	113	161	190	150	90	32	1082
Wirtschaftsabschnitte											
A Land- und Forstwirtschaft	12	20	18	14	22	26	28	24	12	8	184
B Fischerei und Fischzucht			1	1		1			1		4
C Bergbau und Gew. von Stein und Erden	5	14	14	21	12	18	33	17	17	2	153
D Verarbeitendes Gewerbe	41	53	77	99	113	130	132	132	64	23	864
E Energie- und Wasserversorgung	2	2	2	4	5	5	3		1		24
F Baugewerbe	17	34	35	35	29	42	30	34	16	9	281
G Handel, Instandh., Rep. von Kfz usw.	78	116	158	143	191	205	250	218	188	31	1578
H Gastgewerbe	35	84	114	100	74	85	112	80	72	17	773
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung.	21	41	58	81	64	84	104	90	70	14	627
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	7	10	6	9	5	10	9	6	6		68
K Grundstücks- und Wohnwesen, usw.	116	200	247	297	314	371	383	346	226	63	2563
L Öff.Verw.,Verteid.,Sozialversicherung.	5	21	25	18	32	41	45	36	14	6	243
M Erziehung u.Unterricht	7	15	30	17	23	43	40	28	28	5	236
N Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	46	67	81	80	87	140	155	116	70	27	869
O Erbr.sonst. öff. u. pers. Dienstleistungen	45	60	70	60	72	102	120	108	60	25	722
P Private Haushalte	4	5	4	3	4	9	18	13	9	1	70
Q Exterritoriale Org. und Körperschaften							1				1
Geschlecht											
Männlich	154	218	304	360	335	451	437	371	240	71	2941
Weiblich	287	524	636	622	712	861	1026	877	614	160	6319

2002	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Insges.
Status vorher											
arbeitslos	362	600	781	797	848	1081	1210	1021	728	202	7630
dar. unter 6 Monate arbeitslos	171	254	362	344	356	492	532	490	363	92	3456
6 bis unter 12 Monate arbeitslos	104	166	212	242	247	286	331	252	147	49	2036
1 Jahr u. länger arbeitslos (langzeitlo)	97	204	224	233	266	334	372	294	241	68	2333
Sozialversicherungspflichtig beschäftigt	17	29	38	49	61	65	70	52	41	8	430
selbständig		2	3	4	3	6	4	3	1		26
geringfügig beschäftigt	22	33	38	41	45	59	51	44	23	5	361
Stille Reserve	16	30	25	41	45	36	46	54	20	4	317
Berufsrückkehrer	24	48	55	50	45	65	82	74	41	12	496
Leistungsbezug vor MZM-Förderung											
Arbeitslosengeld (ALG)	135	200	264	218	262	383	390	332	259	69	2512
Arbeitslosenhilfe (ALHI)	114	238	289	289	319	404	474	392	277	89	2885
Sozialhilfe als Lohnersatz	109	173	244	280	266	288	333	294	189	35	2211
ALG + ergänzende Sozialhilfe	5	4	5	10	12	18	15	23	7	2	101
ALHI + ergänzende Sozialhilfe	3	15	15	13	16	15	25	18	12	2	134
sonstige	12	23	22	42	38	32	32	28	22	8	259
ohne Leistungsbezug	63	89	101	130	134	172	194	161	88	26	1158
Alter in Gruppen											
15 - 24 Jahre	34	61	97	98	105	168	182	156	103	20	1024
25 - 34 Jahre	142	272	305	330	336	414	463	399	292	73	3026
35 - 44 Jahre	195	282	364	394	413	535	616	497	358	101	3755
45 - 54 Jahre	61	113	150	145	177	172	189	174	89	36	1306
55 - 64 Jahre	9	14	24	15	16	23	13	22	12	1	149
Abgeschlossene Berufsausbildung											
Ja	267	456	573	588	626	820	962	788	523	171	5774
Nein	174	286	367	394	421	492	501	460	331	60	3486
Schulbildung											
Fachhochschule	12	17	32	33	27	46	53	41	28	6	295
Hochschulreife	27	33	45	49	54	74	77	83	48	7	497
ohne Hauptschulabschluss	61	97	125	157	180	186	185	159	105	22	1277
mit Hauptschulabschluss	192	316	390	383	437	513	605	508	376	102	3822
mittlere Reife	149	279	348	360	349	493	543	457	297	94	3369
behindert nach § 19 SGB III											
Ja	7	16	21	24	26	28	25	24	17	8	196
Nein	434	726	919	958	1021	1284	1438	1224	837	223	9064
Staatsangehörigkeit											
Deutsche	420	708	896	914	976	1243	1376	1177	795	222	8727
Ausländer	21	34	44	68	71	69	87	71	59	9	533

Tabelle A2: Bestände des bundesweiten Mainzer Modells vom 1. März 2002 bis zum Zählstichtag am 19. Dezember 2002 nach Monaten

2002	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Modellart										
MZM AN-Anteil SV-Beitr	116	307	579	806	1050	1348	1633	1889	1911	1823
MZM nur Kindergeldzuschlag	8	28	53	78	99	127	149	159	159	156
MZM AN-SV + Kindergeldzuschlag	307	803	1366	1987	2596	3374	4233	4910	5257	5183
Gesamtergebnis	431	1138	1998	2871	3745	4849	6015	6958	7327	7162
Kombination mit SGB III-Arbeitgeberleistungen (Eingliederungszuschuss)										
Ja	19	64	116	154	197	237	274	292	309	305
Nein	412	1074	1882	2717	3548	4612	5741	6666	7018	6857
Kombination mit SGB III-Arbeitnehmerleistungen										
1 Mobilitätshilfen / Unterstützung der Beratung und Vermittlung (UBV)	10	37	65	100	125	160	208	252	265	267
2 Trainingsmassnahme	19	50	91	132	164	230	291	341	354	322
3 Mobilitätshilfe/UBV + Trainingsmaßnahme		9	20	22	23	37	46	55	57	50
4 Keine	402	1042	1822	2617	3433	4422	5470	6310	6651	6523
Arbeitszeit										
Vollzeitbeschäftigt	119	312	588	869	1137	1438	1731	1929	1981	1940
Teilzeit über 20 bis 30 Stunden	131	342	586	852	1089	1459	1828	2169	2307	2248
Teilzeit ab 15 bis 20 Stunden	136	361	615	847	1125	1424	1774	2071	2227	2186
Teilzeit über 30 Std. bis Vollzeit	45	123	209	303	394	528	682	789	812	788
Wirtschaftsabschnitte										
A Land- und Forstwirtschaft	12	30	43	53	69	91	115	130	131	127
B Fischerei und Fischzucht			1	2	2	2	2	2	2	2
C Bergbau und Gew. von Stein und Erden	5	19	33	54	61	76	103	117	128	127
D Verarbeitendes Gewerbe	39	90	160	245	342	454	554	667	691	677
E Energie- und Wasserversorgung	2	4	5	9	14	17	18	17	17	14
F Baugewerbe	17	46	79	109	133	171	185	211	209	200
G Handel, Instandh., Rep. von Kfz usw.	78	189	333	466	635	805	1008	1167	1272	1241
H Gastgewerbe	33	114	225	312	365	427	512	554	560	549
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	21	60	115	191	248	315	394	451	496	467
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	6	15	20	29	29	39	46	49	55	55
K Grundstücks- und Wohnwesen, usw.	113	302	519	776	1037	1346	1636	1897	1967	1930
L Öff.Verw.,Verteid., Sozialversicherung	5	26	48	64	88	125	163	190	190	183
M Erziehung und Unterricht	7	22	52	67	86	126	164	191	212	215
N Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	46	112	189	261	338	466	602	700	750	761
O Erbr.sonst.öff. u pers. Dienstleistungen	43	100	163	217	278	363	468	557	583	551
P Private Haushalte	4	9	13	16	20	26	44	57	63	62
Q Exterritoriale Org. und Körperschaften							1	1	1	1
Geschlecht										
Männlich	149	348	617	930	1199	1569	1888	2148	2213	2149
Weiblich	282	790	1381	1941	2546	3280	4127	4810	5114	5013

2002	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Status vorher										
arbeitslos	355	923	1631	2332	3028	3925	4884	5640	5947	5810
dar. unter 6 Monate arbeitslos	169	400	735	1045	1332	1735	2135	2520	2700	2641
6 bis unter 12 Monate arbeitslos	102	263	454	664	867	1106	1377	1547	1562	1510
1 Jahr u. länger arbeitslos (langzeitlo)	94	295	496	704	931	1220	1530	1747	1879	1859
sozialversicherungspflichtig beschäftigt	15	42	78	122	176	233	284	326	347	334
selbständig		2	5	9	12	18	21	21	21	19
geringfügig beschäftigt	22	55	93	132	175	230	278	315	330	325
Stille Reserve	16	45	68	108	146	175	208	254	258	255
Berufsrückkehrer	23	71	123	168	208	268	340	402	424	419
Leistungsbezug vor MZM-Förderung										
Arbeitslosengeld (ALG)	133	324	563	746	958	1265	1572	1836	1943	1902
Arbeitslosenhilfe (ALHI)	107	336	598	850	1109	1458	1846	2104	2207	2151
Sozialhilfe als Lohnersatz	109	273	499	757	984	1235	1512	1751	1860	1815
ALG + ergänzende Sozialhilfe	5	6	10	20	31	46	58	78	77	77
ALHI + ergänzende Sozialhilfe	3	18	30	43	58	69	87	104	109	106
sonstige	11	32	53	90	123	149	169	188	203	204
ohne Leistungsbezug	63	149	245	365	482	627	771	897	928	907
Alter in Gruppen										
15 - 24 Jahre	33	86	176	261	348	495	631	757	771	673
25 - 34 Jahre	137	406	681	979	1251	1602	1970	2266	2435	2301
35 - 44 Jahre	195	460	792	1142	1490	1941	2448	2812	2978	3017
45 - 54 Jahre	57	164	305	432	586	724	870	1010	1026	1049
55 - 64 Jahre	9	22	44	57	70	87	96	113	117	122
Abgeschlossene Berufsausbildung										
Ja	260	695	1224	1755	2273	2976	3757	4361	4583	4497
Nein	171	443	774	1116	1472	1873	2258	2597	2744	2665
Schulbildung										
Fachhochschule	12	29	57	90	110	152	199	235	245	238
Hochschulreife	27	59	101	147	194	252	314	377	400	387
ohne Hauptschulabschluss	60	153	261	399	550	701	849	958	992	965
mit Hauptschulabschluss	186	486	850	1181	1554	1993	2461	2841	3009	2964
mittlere Reife	146	411	729	1054	1337	1751	2192	2547	2681	2608
behindert nach § 19 SGB III										
Ja	7	22	42	63	86	110	131	148	152	152
Nein	424	1116	1956	2808	3659	4739	5884	6810	7175	7010
Staatsangehörigkeit										
Deutsche	411	1085	1905	2714	3525	4573	5672	6558	6889	6737
Ausländer	20	53	93	157	220	276	343	400	438	425

Tabelle A3: Abgänge aus dem bundesweiten Mainzer Modell von 1. März 2002 bis zum Zählstichtag am 19. Dezember 2002 nach Abgangsmonaten

2002	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Insges.
Modellart											
MZM AN-Anteil SV-Beitrag	9	10	28	42	57	84	101	97	196	155	779
MZM nur Kindergeldzuschlag			1		5	3	7	10	13	6	45
MZM AN-SV + Kindergeldzuschlag	1	25	51	67	111	121	189	198	276	235	1274
Gesamtergebnis	10	35	80	109	173	208	297	305	485	396	2098
Kombination mit SGB III-Arbeitgeberleistungen (Eingliederungszuschuss)											
Ja	2	1	6	4	6	8	13	10	12	10	72
Nein	8	34	74	105	167	200	284	295	473	386	2026
Kombination mit SGB III-Arbeitnehmerleistungen											
1 Mobilitätshilfen / Unterstützung der Beratung und Vermittlung (UBV)	2		7	3	12	5	13	18	19	14	93
2 Trainingsmassnahme		1	2	8	11	9	7	11	26	37	112
3 Mobilitätshilfe /UBV + Trainingsmaßnahme					1	1	5		4	10	21
4 Keine	8	34	71	98	149	193	272	276	436	335	1872
Arbeitszeit											
Vollzeitbeschäftigt	4	13	26	34	63	71	120	120	169	109	729
Teilzeit über 20 bis 30 Stunden	1	10	19	25	51	54	78	66	150	122	576
Teilzeit ab 15 bis 20 Stunden	2	7	20	30	37	56	63	76	99	109	499
Teilzeit über 30 Std bis Vollzeit	3	5	15	20	22	27	36	43	67	56	294
Wirtschaftsabschnitte											
A Land- und Forstwirtschaft		2	5	4	6	4	4	9	11	12	57
B Fischerei und Fischzucht						1			1		2
C Bergbau und Gew.von Stein.und Erden					5	3	6	3	6	3	26
D Verarbeitendes Gewerbe	2	2	7	14	16	18	32	19	40	37	187
E Energie- und Wasserversorgung			1			2	2	1	1	3	10
F Baugewerbe		5	2	5	5	4	16	8	18	18	81
G Handel, Instandh., Rep.von Kfz usw.		5	14	10	22	35	47	59	83	62	337
H Gastgewerbe	2	3	3	13	21	23	27	38	66	28	224
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung		2	3	5	7	17	25	33	25	43	160
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	1	1	1		5		2	3			13
K Grundstücks- und Wohnwesen, usw.	3	11	30	40	53	62	93	85	156	100	633
L Öff.Verw.,Verteid., Sozialversicherung			3	2	8	4	7	9	14	13	60
M Erziehung und Unterricht				2	4	3	2	1	7	2	21
N Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen		1	4	8	10	12	19	18	20	16	108
O Erbr.sonst.öff.u pers. Dienstleistungen	2	3	7	6	11	17	15	19	34	57	171
P Private Haushalte						3			3	2	8
Geschlecht											
Männlich	5	19	35	47	66	81	118	111	175	135	792
Weiblich	5	16	45	62	107	127	179	194	310	261	1306

2002	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Insges.
Status vorher											
arbeitslos	7	32	73	96	152	184	251	265	421	339	1820
darunter unter 6 Monate arbeitslos	2	23	27	34	69	89	132	105	183	151	815
6 bis unter 12 Monate arbeitslos	2	5	21	32	44	47	60	82	132	101	526
1 Jahr u. länger arbeitslos (langzeitlo)	3	3	23	25	39	45	62	77	109	88	474
sozialversicherungspflichtig beschäftigt	2	2	2	5	7	8	19	10	20	21	96
selbständig							1	3	1	2	7
geringfügig beschäftigt				2	2	4	3	7	8	10	36
Stille Reserve		1	2	1	7	7	13	8	16	7	62
Berufsrückkehrer	1		3	5	5	5	10	12	19	17	77
Leistungsbezug vor MZM-Förderung											
Arbeitslosengeld (ALG)	2	9	25	35	50	76	83	68	152	110	610
Arbeitslosenhilfe (ALHI)	7	9	27	37	60	55	86	134	174	145	734
Sozialhilfe als Lohnersatz		9	18	22	39	37	56	55	80	80	396
ALG + ergänzende Sozialhilfe		3	1		1	3	3	3	8	2	24
ALHI + ergänzende Sozialhilfe			3		1	4	7	1	7	5	28
sonstige	1	2	1	5	5	6	12	9	7	7	55
ohne Leistungsbezug		3	5	10	17	27	50	35	57	47	251
Alter in Gruppen											
15 - 24 Jahre	1	8	7	13	17	20	45	29	85	61	286
25 - 34 Jahre	5	3	29	31	64	63	95	103	123	122	638
35 - 44 Jahre		17	33	44	66	85	107	133	194	143	822
45 - 54 Jahre	4	6	9	19	23	34	46	34	71	58	304
55 - 64 Jahre		1	2	2	3	6	4	6	12	12	48
Abgeschlossene Berufsausbildung											
Ja	7	21	44	57	108	117	181	184	301	257	1277
Nein	3	14	36	52	65	91	116	121	184	139	821
Schulbildung											
Fachhochschule			4		7	4	6	5	18	13	57
Hochschulreife		1	3	3	7	16	15	20	25	20	110
ohne Hauptschulabschluss	1	4	17	19	29	35	37	50	71	49	312
mit Hauptschulabschluss	6	16	26	52	64	74	137	128	208	147	858
mittlere Reife	3	14	30	35	66	79	102	102	163	167	761
behindert nach § 19 SGB III											
Ja		1	1	3	3	4	4	7	13	8	44
Nein	10	34	79	106	170	204	293	298	472	388	2054
Staatsangehörigkeit											
Deutsche	9	34	76	105	165	195	277	291	464	374	1990
Ausländer	1	1	4	4	8	13	20	14	21	22	108
vorzeitiger Abbruch											
Ja	1	11	36	52	74	86	116	92	131	81	680
Nein	9	24	44	57	99	122	181	213	354	315	1418

Tabelle A4: Zugänge in das Mainzer Modell von 1.3.2002 bis Zählstichtag am 19.12.2002

Arbeitsamtsbezirk	Anzahl	Arbeitsamtsbezirk	Anzahl	Arbeitsamtsbezirk	Anzahl
Aachen	60	Haaren	17	Offenbach	23
Aalen	24	Halberstadt	75	Offenburg	33
Ahlen	8	Halle	81	Oldenburg	79
Altenburg/Thüringen	9	Hamburg	62	Oschatz	45
Annaberg	80	Hameln	72	Osnabrück	51
Ansbach	45	Hamm	17	Paderborn	55
Aschaffenburg	9	Hanau	25	Passau	23
Augsburg	20	Hannover	77	Pfarrkirchen	18
Bad Hersfeld	77	Heide	18	Pforzheim	3
Bad Kreuznach	100	Heidelberg	22	Pirmasens	42
Bad Oldesloe	19	Heilbronn	58	Pirna	51
Balingen	28	Helmstedt	19	Plauen	27
Bamberg	44	Herford	69	Potsdam	81
Bautzen	147	Hildesheim	52	Rastatt	26
Bayreuth	31	Hof	22	Ravensburg	101
Bergisch Gladbach	28	Ingolstadt	20	Recklinghausen	21
Berlin Mitte	35	Iserlohn	17	Regensburg	45
Berlin Nord	38	Jena	70	Reutlingen	7
Berlin Ost	36	Kaiserslautern	70	Rheine	59
Berlin Süd	36	Karlsruhe	13	Riesa	59
Berlin Südwest	28	Kassel	70	Rosenheim	24
Bielefeld	65	Kempten	53	Rostock	66
Bochum	14	Kiel	38	Rottweil	10
Bonn	32	Koblenz	318	Saarbrücken	45
Braunschweig	20	Köln	51	Saarlouis	48
Bremen	166	Konstanz	26	Sangerhausen	64
Bremerhaven	22	Korbach	38	Schwäbisch Hall	15
Brühl	121	Krefeld	31	Schwandorf	22
Celle	26	Landau	183	Schweinfurt	39
Chemnitz	156	Landshut	52	Schwerin	84
Coburg	23	Leer	89	Siegen	9
Coesfeld	23	Leipzig	98	Soest	53
Cottbus	81	Limburg	42	Solingen	11
Darmstadt	62	Lörrach	15	Stade	17
Deggendorf	17	Lübeck	24	Stendal	28
Dessau	78	Ludwigsburg	37	Stralsund	85
Detmold	16	Ludwigshafen	121	Stuttgart	55
Donauwörth	5	Lüneburg	44	Suhl	38
Dortmund	16	Magdeburg	168	Tauberbischofsheim	24
Dresden	76	Mainz	182	Traunstein	9
Duisburg	88	Mannheim	22	Trier	180
Düren	4	Marburg	191	Uelzen	58
Düsseldorf	37	Maven	164	Ulm	16
Eberswalde	67	Memmingen	10	Vechta	20
Elmshorn	21	Merseburg	76	Verden	65
Emden	64	Meschede	39	Villingen-Schwenningen	32
Erfurt	145	Mönchengladbach	20	Waiblingen	22
Essen	18	Montabaur	224	Weiden	4
Flensburg	46	München	32	Weilheim	25
Frankfurt	31	Münster	21	Weissenburg	16
Frankfurt/Oder	148	Nagold	25	Wesel	102
Freiburg	79	Neubrandenburg	36	Wetzlar	19
Freising	7	Neumünster	28	Wiesbaden	11
Fulda	13	Neunkirchen	22	Wilhelmshaven	8
Gelsenkirchen	33	Neuruppin	99	Wittenberg	47
Gera	38	Neuwied	162	Wuppertal	5
Giessen	34	Nienburg	67	Würzburg	10
Göppingen	29	Nordhausen	91	Zwickau	124
Goslar	23	Nordhorn	29		
Gotha	41	Nürnberg	40	Gesamt	9.258
Göttingen	45	Oberhausen	13		